



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 31. Juli bis 6. August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(vom 31. Juli bis 6. August)

Auswärtige Politik

Schwierigkeiten in der Marokkofrage — Forderungen der Nationalisten — Unser Bevölkerungsüberschuß — Polonisierung Deutschlands durch die Aldeutschen — Agadir als Stützpunkt — Die freie Hand — Schürfrecht — Politischer Ausblick

Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen über eine weitere Gestaltung der Marokkofrage lagen bisher weniger in den seitens der verhandelnden Diplomaten gestellten Forderungen als in dem, was als Grundlage für die Verhandlungen angesehen werden sollte. Es ist in zahlreichen Artikeln, zuletzt in Nr. 31, der Grenzboten darauf hingewiesen worden, daß die französische Marokkopolitik in den Händen des französischen Generalstabs liege und daß es von dem Maß der Energie der nach Marokko abgeordneten französischen Offiziere abhängen würde, wie weit die nicht französischen, besonders die deutschen Kaufleute und sonstigen Unternehmer sich einer gewissen Sicherheit ihrer Besitztümel erfreuen können. Wie ferner aus vielen Mitteilungen von verschiedenen Seiten hervorgeht, war infolge der Rücksichtslosigkeit der Franzosen die Lage der deutschen Gewerbetreibenden nachgerade unerträglich geworden, und das Aufatmen war um so tiefer, als die Entsendung der deutschen Kriegsschiffe nach Agadir Franzosen und Deutsche daran erinnerte, daß auch die Geduld der deutschen Regierung Grenzen finden könne. Für unsere Diplomatie war es äußerst schwierig, den geeigneten Zeitpunkt für die Aktion zu finden, es sei denn, daß sie sich dem Odium aussetzte, einen Krieg vom Zaune brechen zu wollen. Der Zeitpunkt war eingetreten, nachdem die Franzosen durch den Einmarsch in Fes offenkundig gegen die Bestimmungen der Algecirasakte verstoßen hatten. Aus den offiziellen Veröffentlichungen in Paris und Berlin scheint nun hervorzugehen, daß der innere Grund für das Erscheinen der deutschen Kriegsschiffe an den marokkanischen Küsten gegenstandslos geworden, mit anderen Worten, daß eine Basis gefunden ist, von der aus einerseits die vorhandenen wirtschaftlichen Interessen der Deutschen gesichert erscheinen und andererseits Garantien dafür genommen werden können, um den friedlichen Wettbewerb der Deutschen mit den Franzosen in Marokko auch in Zukunft zu gewährleisten. — Wenn es der deutschen Diplomatie tatsächlich gelungen sein sollte, die angebotene Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu gewinnen, und daran ist nach den offiziellen Veröffentlichungen kaum noch zu zweifeln, dann sollte man füglich nicht den Vorwurf gegen sie erheben, sie sei vor den Forderungen Frankreichs und den Drohungen Englands zurückgewichen. Der Vorwurf wäre aber um so weniger begründet, wenn es außerdem noch gelungen sein sollte, für den tatsächlichen Bruch der Algecirasakte von Frankreich die Aussicht auf eine Entschädigung zu erhalten.

Die Mehrheit der deutschen Presse und ein großer Teil geachteter nationaler Politiker hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Eine

unablässig und sehr geschickt geführte Propaganda der Gebrüder Mannesmann hat es verstanden, die Meinung zu verbreiten, als sei Marokko eine reife Frucht am afrikanischen Baume, die dem Deutschen sogleich als Kolonie in den Schoß fallen müsse, wenn er nur daran rüttelte; die Marokkaner seien enthusiastische Freunde der Deutschen, tief erbitterte Feinde der Franzosen; der deutsche Kaufmann werde als Inbegriff aller Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit geachtet; die Konzessionen der Gebrüder Mannesmann sicherten der deutschen Industrie auf ewig den Zutritt zu unerschöpflichen Eisenerzadern. Aus diesen aber nur unter gewissen Voraussetzungen zutreffenden Tatsachen leiten nun die Alideutschen ihre Forderungen her: Südmorokko muß deutsche Kolonie, der Hafen von Agadir deutscher Flottenstützpunkt werden, und sei es um den Preis eines Weltkrieges — wohlgemerkt, eines Weltkrieges —, eines Krieges Deutschlands allein gegen Frankreich, England und Rußland. Denn, da Deutschland bei der gerade vorhandenen Situation der Angreifer sein müßte — England denkt nicht daran, zuerst loszuschlagen —, so wäre Rußland zur Mobilmachung gegen Deutschland gezwungen, während Österreich und Italien sich auf freundschaftliche Neutralität beschränken dürften. Ich glaube, allein diese kurze Überlegung sollte es denen, die sich als Führer der Nation gebärden, nahe legen, auf andere Mittel als den Krieg zu sinnen. Aber ganz abgesehen von der augenblicklichen Konstellation der Weltmächte, die eine geschickte Diplomatie oder auch eine Zufälligkeit über Nacht ändern könnte, scheint mir der ganze Marokkohandel um seiner selbst willen einen Krieg nicht wert.

Welches sind doch die wichtigsten Gründe, derentwegen wir nach Meinung eines Teils der nationalen Politiker Marokko haben „müssen“?

Zunächst heißt es: wir bedürfen für unsern Bevölkerungsüberschuß eines Kolonisationsgebiets. Hunderttausend Höfe deutscher Bauern im fruchtbarsten Teil Marokkos machen das Land zu einem Neudeutschland von ungeheurer politischer und wirtschaftlicher Kraft! Sehr gut! Doch wo sind die hunderttausend Familien, die wir in absehbarer Zeit abgeben könnten? Die Auswanderungsziffern Deutschlands sind auf ein solches Maß zurückgegangen, daß wir in fünfzig Jahren keine zehntausend deutsche Familien nach Marokko abgeben könnten, geschweige denn in absehbarer Zeit hunderttausend. Die preussische Regierung weist auf den Mangel deutscher Bauern hin, um für ihre neuerliche Ostmarkenpolitik einen Schein des Rechts zu gewinnen. Es handelt sich hier also um ein Schlagwort, das sehr schön klingt, aber im übrigen keinerlei Wert hat, es sei denn den, zur Verwirrung der Gemüter beizutragen. Wenn freilich der Alideutsche Verband dafür sorgen wollte, daß die deutschen Bauern ihr Land an den Großgrundbesitz abtreten und daß dieser das freigewordene Land durch polnische und russische Arbeiter bestellen ließe, dann wäre vielleicht die Besiedelung Marokkos in absehbarer Zeit zu erreichen. Anders nicht. Was aber hätten wir, hätte das Deutschtum, der deutsche Staat damit gewonnen? Im besten Falle gelänge es uns unter ganz außerordentlichen

Opfern für das Kolonialheer und die Marine, eine deutsche Kolonie zu schaffen, die nach hundert Jahren ihre Unabhängigkeit von Deutschland erklärte, während im deutschen Reichstag die Polen mit Erfolg für die Einführung der polnischen Sprache als Amtssprache einträten. Denn — ganz abgesehen von den Landarbeitern — in dem Maße, wie sich die deutsche Industrie dank billiger Erze entwickeln sollte, in demselben Maße würde wieder der Zuzug slawischer Arbeiter wachsen. Somit ist die Behauptung, wir bräuchten Marokko als Ausfuhrland für unsere Geburtenüberschüsse, nicht nur hinfällig, sondern sie bedeutet eine Gefahr. Wir könnten Marokko nur unter Preisgabe der engeren Heimat kolonisieren.

Doch dahin würde es auch dann nicht kommen, wenn sich die Regierung für die alldeutsche Utopie begeistern wollte. Wenn Frankreich Marokko okkupieren und festhalten kann, könnte es Deutschland auch dann nicht, wenn es eine der englischen gleichwertige Flotte besäße. Ein Blick auf die Karte lehrt es jeden Laien, daß gegen den Willen Frankreichs und Englands die Aufrechterhaltung einer Verbindung zwischen Wilhelmshafen und Agadir ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Das hat in einem lichten Augenblick selbst Herr Claas eingesehen und die Folgerung gezogen, Deutschland müsse eben das Département Rhone in Besitz nehmen, um die direkte Verbindung zum Mittelmeer zu gewinnen. (Leider ist der Satz, der diesen schönen Vorschlag enthält, nicht mit in die Broschüre „Marokko deutsch“ gelangt.) Damit fällt aber auch der zweite Punkt der alldeutschen Forderungen in sich zusammen: Agadir als Stützpunkt der deutschen Flotte. Der Gedanke ist an sich nicht schlecht, und seine Durchführung wäre des Schweißes der Edlen wohl wert. Aber im gegenwärtigen Zeitpunkte ist er schlechterdings nicht zu diskutieren. Frankreich will Marokko in Besitz nehmen, und Deutschland hat keinen ausreichenden praktischen Grund, es daran zu hindern. Darum erscheint die Politik die klügere, die es Frankreich erleichtert, sein Ziel zu erreichen. Wollte Deutschland heute mit Ansprüchen auf den Hafen von Agadir hervortreten, dann würde es nur die Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und England stärken und sich selbst den Boden für praktische Verhandlungen verderben. Frankreich müßte solchen Schritt in diesem Augenblick als gegen sich selbst gerichtet betrachten. Wozu aber unnötig Mißtrauen säen, wo es gilt, vorhandenes zu beseitigen, und wo möglicherweise der Augenblick einmal von selbst eintritt, in dem es sogar im Interesse Frankreichs liegen könnte, den Hafen von Agadir deutschen Kriegsschiffen zur Verfügung zu stellen? Die praktischen Verhandlungen haben sich somit einzig und allein auf den dritten Punkt der deutschen Forderungen zu konzentrieren: Sicherung der freien Hand für den deutschen Handel. Man kann gerade im Hinblick hierauf mit dem Dichter sagen: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.“ In Marokko handelt es sich für uns, von den allgemeinen Gesichtspunkten abgesehen, in erster Linie um die Mutungsrechte auf Erz. Kenner des Landes sind der Meinung, das marokkanische Eisenerz sei ebenso wertvoll wie das schwedische und sei deshalb geeignet, dieses

zu ersetzen, wenn es in zwanzig bis dreißig Jahren verbraucht sein würde. Das ist ein ernsthaftes Argument, dem sich kein Diplomat und keine einigermaßen weitschauende Regierung verschließen dürfte. Den Abbau dieses Erzes gilt es somit ebenso sicher zu stellen wie seine ungehinderte Ausfuhr. Erst in zweiter Linie steht die Forderung, daß die Ausfuhr von deutschen Firmen zu besorgen ist. Sind deutsche Firmen konkurrenzfähig, dann werden sie das Geschäft an sich bringen; gibt es solche konkurrenzfähige Firmen nicht, dann wäre auch der günstigste Vertrag, ja dann wäre auch die Besitzergreifung Marokkos nicht imstande, den Deutschen das Geschäft zu erhalten. Von irgendwelcher Bedeutung für die Preisbildung auf Erz wäre es im übrigen nicht, wenn die Ausfuhr in deutschen Händen läge. Aus reinem Patriotismus hat Krupp die Preise für Panzerplatten nicht niedriger gesetzt, als es die Konkurrenz erforderte, und aus Patriotismus werden die Gebrüder Mannesmann ihr marokkanisches Erz an die Gute-Hoffnungshütte nicht billiger verkaufen wie an den Franzosen Schneider. Der Weltmarkt bestimmt den Preis, gleichgültig in wessen Händen die Ware liegt, und die Handels- und Tarifverträge der Staaten sichern vor Repressalien und sonstigen Übergriffen. Einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen, der uns in dieser Beziehung Handels- und Handlungsfreiheit gewährleistet, das erscheint mir der Kernpunkt der Aufgabe, die unsere Diplomatie gegenwärtig in Marokko in wirtschaftlicher Beziehung zu lösen hat. Natürlich darf dies unter weitestgehender Berücksichtigung der Wünsche der bereits in Marokko eingewanderten Deutschen geschehen. Dabei wird man aber gut tun, sich stets zu vergegenwärtigen, daß wir politisch in Marokko nichts zu suchen haben. Mag Frankreich hundert Maurenbataillone in Marokko aufstellen, — sie werden die wirtschaftlichen Verträge ebensowenig gefährden, wie die französischen Armeekorps an unserer Westgrenze den Fortbestand des deutsch-französischen Handelsvertrages irgendwie beeinflussen. Wir leben nicht mehr im Zeitalter des Faustrechts, wo internationale Wirtschaftsverträge einseitig gebrochen werden können. Dazu ist Handel und Wandel viel zu international und viel zu abhängig von den Bedürfnissen sowie von der Kontrolle aller Staaten der Erde. Frankreich konnte, gestützt auf England und Spanien, die politische Agceirasatte durchlöchern, Frankreich könnte aber seinen Handelsvertrag mit uns nicht brechen, ohne dadurch den casus belli heraufzubeschwören, bei dem es Angreifer wird; ebenso wird es nach Abschluß des Marokkovertrages sein, und Frankreich wird sich alsdann hüten, sich wegen Marokko der Gefahr eines Krieges mit Deutschland auszusetzen, in dem es auf die Mitwirkung Rußlands nicht rechnen dürfte.

G. C.

Bank und Geld

Die Junibilanzen der Großbanken — Bankguthaben — Depositen und deren Verzinsung — Konkurrenz zwischen Banken, Genossenschaften und Sparkassen — Lösung des Kalkonfliktes — Kaufmännische Einrichtungen bei der Staatsverwaltung

Die Berliner Großbanken haben ihre Junibilanzen veröffentlicht. Nächst

den Dezemberabschlüssen beanspruchen diese die größte Bedeutung, da ja leider infolge des gewählten zweimonatigen Turnus die sogenannten schweren Termine, das Frühjahr- und Herbstquartal, von den Veröffentlichungen nicht erfaßt werden. Der vorliegende Semestralausweis verdient aber von vornherein besondere Beachtung deshalb, weil es von großem Interesse ist, festzustellen, inwieweit sich die Eigentümlichkeiten der Geldmarktslage und die Restriktionsmaßregeln der Reichsbank in seinen Ziffern widerspiegeln.

Im allgemeinen darf man sagen, daß das Tempo der Geschäftserweiterung ein langsameres geworden ist. Die Überstürzung des Vorjahres hat einem etwas ruhigeren Arbeiten Platz gemacht. Das tritt deutlich in die Erscheinung, wenn man die Zunahme der Debitoren in den beiden ersten Halbjahresabschnitten miteinander vergleicht: im vorigen Jahre 425 Millionen Zunahme, in diesem „nur“ 192,5 Millionen. Gewiß noch immer eine recht stattliche Ziffer, aber doch weniger als die Hälfte der vorjährigen Mehrausleihungen. Und was wichtiger ist: gegen den Aprilstatus ist keine Zunahme, sondern ein Rückgang zu konstatieren. Die Kreditgewährungen sind also im Mai und Juni entschieden eingeschränkt worden, und man kann vielleicht, ohne optimistisch zu sein, in dieser Tatsache das Resultat einer etwas vorsichtigeren und bewußtermaßen zurückhaltenderen Geschäftspolitik erblicken. Eine solche ist aber auch durchaus am Platze. Denn betrachtet man das Verhältnis, in welchem die Verbindlichkeiten durch die flüssigsten Mittel, Kasse, Bankguthaben und Wechsel gedeckt werden, so ist dasselbe prozentual schlechter geworden, sowohl verglichen mit dem 30. April d. Js. als mit dem 31. Dezember 1910, ja sogar mit dem Durchschnitt des letzten Jahres, denn es stellt sich nur auf 37,64 Prozent. Freilich war dieses Deckungsverhältnis in dem Juniausweis des Vorjahres noch schlechter, da es sich nur auf 36,46 Prozent berechnete, aber diese kleine Besserung, die an sich nicht viel bedeuten will, läßt sich darum schon kaum in Rechnung stellen, weil unter jenen drei Kategorien die Bankguthaben mit einer beträchtlichen Vermehrung (seit dem 31. Dezember 1910 83 Millionen) figurieren. Diese Bankguthaben sind ein besonders undurchsichtiger Punkt in dem bisherigen Bilanzschema. Sie werden schlechtweg als erstklassige, greifbarste Anlage in Rechnung gestellt, gleich als ob es sich dabei um lauter Reichsbankguthaben handelte.

In Wahrheit sind diese Bankguthaben, wie jeder Eingeweihte weiß, zum großen Teil nichts anderes als Debitoren. Es sind Ausstände der Berliner Banken bei den mit ihnen in Verbindung stehenden oder affilierten Provinzbanken, Ausstände, die sie nicht etwa freiwillig zur Anlegung flüssiger Mittel, sondern notgedrungen unterhalten, weil diese Banken, zum mindesten vorübergehend, Kredit in Anspruch nehmen. Daß solche Ausstände, auch wenn gegen ihre Bonität nichts einzuwenden sein mag, doch das Bilanzbild verschieben, wenn sie einfach wie bare Kasse betrachtet werden, bedarf keiner Auseinandersetzung. Wie es aber oft in Wirklichkeit mit diesen greifbaren Bankguthaben

bestellt ist, lehrt der Zusammenbruch des Märkischen Bankvereins in Bevelsberg. Hier ist nicht wie in früheren Fällen, wo kleinere Provinzialbanken Schiffbruch erlitten, ein isoliert stehendes Institut, sondern eines, das zu anderen Banken, nämlich der Mittelrheinischen Bank in Koblenz und der Rheinischen Bank, in engen Beziehungen stand, und das durch diese letzteren zum Konzern der Dresdner Bank gehörte, ein Opfer übermäßiger Kreditgewährung und unvorsichtiger, wenn nicht untreuer Geschäftsführung geworden. Auch der Märkische Bankverein dürfte mit erheblichen Summen als Schuldner in den Büchern der genannten Banken figurieren; muß es nicht irreführen, wenn solche Kredite als „Bankguthaben“ bezeichnet werden?

Im übrigen ist der bemerkenswerteste Posten des Ausweises die abermalige starke Zunahme von Kreditoren und Depositen. Diese haben sich seit dem letzten Halbjahresausweis zusammen um 354,5 Millionen vermehrt. Allerdings weist die Juni- gegen die Aprilbilanz einen Rückgang von 116 Millionen auf; diese Verminderung ist indessen natürlich, da wir wissen, daß er an allen Quartalsterminen einzutreten und sich in kurzer Zeit wieder auszugleichen pflegt. Für die Vergleichung des konstanten Wachstums bieten daher die Jahresdurchschnittsziffern eine weit bessere Grundlage. Während nun aber der Durchschnittsbetrag der fremden Gelder im Jahre 1910 um etwa 800 Millionen Mark größer war als im Jahre 1909, scheint im laufenden Jahre eine solche Zunahme nicht erzielt zu werden; auch hier ist also eine Verlangsamung des Tempos eingetreten, das zweifelsohne in einem inneren Zusammenhang mit der Beschränkung der Kreditgewährung steht. Denn es liegt auf der Hand, daß, sobald die Banken ihre Unternehmungslust im aktiven Geschäft zügeln, gewisse Regressivmaßregeln im Passivgeschäft die Folge sein müssen. Es wäre sehr erfreulich, wenn der Übereifer im Zusammentreiben fremder Gelder, der von den konkurrierenden Depositentkassen und Filialen der Banken entfaltet wird, auf diese Weise etwas gedämpft würde. Es ist durchaus kein volkswirtschaftlicher Gewinn, wenn die Auffammlung dieser fremden Gelder unter Anwendung forciertester Maßregeln, insbesondere die Gewährung zu hoher Zinsen, betrieben wird. Die Banken geraten hierbei, je mehr sie kleine und kleinste Plätze aufsuchen, in den Geschäftsbereich der Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die ihre zu ganz andern Zwecken bestimmten Betriebskapitalien als „Spargelder“ oder „Depositen“ gegen Gewährung einer höheren als der bankmäßigen Zinsvergütung zu gewinnen suchen. Mit diesen Instituten in Konkurrenz zu treten, sollten die Banken vermeiden. Denn es würden empfindliche Nachteile für diese letzteren entstehen müssen, sei es nun, daß ihnen infolge des Wettbewerbs Kapital entzogen wird, sei es, daß sie unter dem Druck der Konkurrenz auch ihr Zinsangebot in unwirtschaftlicher Weise steigern. Von allen Seiten ertönen Klagen über diesen ungezügelter Wettbewerb: ein sicheres Zeichen dafür, daß auf allen Seiten gesündigt wird. Aufgabe der Banken aber wäre es, hier Zurückhaltung zu üben; denn sie sind es, die durch den Ausbau ihrer Organi-

fation jene lokalen Kreditinstitute schädigen und in ihrem natürlichen Wirkungsbereich bedrängen. Man sollte glauben, daß eine Abgrenzung der Interessensphäre schon durch die Verschiedenheit der Aufgaben sich von selbst ergeben müßte. Gleichwohl aber beschwerten sich nicht nur die Kreditgenossenschaften über die Banken und die Sparkassen, weil letztere ihren Betrieb bankmäßig auszugestalten suchen, sondern umgekehrt auch die Sparkassen über die Kreditgenossenschaften, weil sie die Bezeichnung „Sparkassengelder“ als eine ihnen ausschließlich zukommende in Anspruch nehmen möchten. Der zurzeit in Stettin versammelte Allgemeine deutsche Genossenschaftstag beschäftigt sich daher, wie schon bei früheren Tagungen, auch diesmal wieder mit dieser Frage. Eine größere Klärung werden die Verhandlungen kaum bringen. Doch wird sich hoffentlich allen Beteiligten nach und nach die Einsicht aufdrängen, daß zwischen Instituten mit gänzlich verschiedenen wirtschaftlichen Aufgaben, von denen überdies Kreditgenossenschaften wie Sparkassen keine Erwerbsinstitute sind, eine Konkurrenz nicht bestehen kann, weder hinsichtlich der Aufgaben selbst, noch hinsichtlich der Beschaffung der Mittel, die diesen angepaßt sein müssen.

Der Streit im Kaligewerbe darf als beendet gelten. Wenigstens stehen nunmehr die Grundlinien fest, auf denen es zu einer Einigung zwischen den Kaliwerken Aschersleben, dem Kalisyndikat und dem abtrünnigen amerikanischen Vertragsgegner kommen wird. Dieses Abkommen wird kaum anders lauten, als es von Ursprung an vorausgesagt wurde. Aschersleben erhält für die Aufgabe der Kontrakte eine erhebliche Entschädigung durch die Amerikaner und erwirbt Sollstedt zurück, zugleich werden ihm bei seinem Beitritt zum Syndikat gewisse Sondervorteile zugestanden. Das Kalisyndikat, welches den so gefährlichen Außenfeind nunmehr beseitigt hat, wird zu der ihm so erwünschten Lösung zweifelsohne erhebliche Beisteuern zahlen, in welcher Form und in welcher Höhe ist einstweilen nicht bekannt, für die Öffentlichkeit aber auch im ganzen gleichgültig. Wichtig ist nur, daß jetzt das Kalisyndikat in seiner Preispolitik unbeschränkt freie Hand hat. Der von Aschersleben unter Schmidtmanns Einfluß unternommene Versuch, den Absatz von Kali durch billige Preise zu fördern und den hochentwickeltesten Werken Gelegenheit zu vermehrtem Absatz zu geben, durch das niedrige Preisniveau zugleich auf eine Unterdrückung der schwachen Werke und auf eine verminderte Neugründung hinzuwirken, ist endgültig gescheitert. Nunmehr hat die Kaliindustrie ihr Heil nur in der Syndikatspolitik zu suchen. Ganz im Gegensatz zu den Schmidtmannschen Absichten ist infolge des Kaligesetzes eine Periode der Massen Gründungen eingetreten. Nun gilt es, Ausdehnung des Absatzes mit hohen Preisen Hand in Hand gehen zu lassen. Eine schwierige Aufgabe! Ohne eine sehr schnelle und kräftige Entwicklung des Kaliabsatzes wird das bei der gesetzlichen Regelung beabsichtigte Ziel, die Kaliindustrie vor einer verhängnisvollen Produktionskrisis zu bewahren, sich nicht erreichen lassen. Schon macht sich selbst im Inlande eine Konkurrenz in künstlichen Düngemitteln geltend

(sog. „Phonolith“), die dem Syndikat so gefährlich zu sein scheint, daß es gegen dieselbe Boykottmaßregeln anwendet, die man nicht ohne Einschränkungen gutheißen kann. Der Vorfall mag für das Kalisyndikat ohne große Bedeutung sein; er zeigt aber, wie groß die Hindernisse sind, die einer wirkungsvollen Propaganda bei hohen Preisen im Wege stehen.

Der preussische Eisenbahnminister hatte vor geraumer Zeit eine besondere Kommission zur Prüfung der Frage berufen, inwieweit die Einrichtungen kaufmännischer Privatbetriebe sich zur Nachahmung im Geschäftsbereich der Eisenbahnverwaltung empfahlen. Hierbei stand an erster Stelle wohl zur Erwägung, ob der umständliche bürokratische Apparat sich vereinfachen und verbilligen lasse, und sodann die vielumstrittene Frage, ob es ratsam und zweckmäßig sei, die doppelte Buchführung an Stelle oder neben der kameralistischen zu adoptieren. Die Kommission ist höchst bezeichnenderweise zu einem negativen Resultat gekommen. Sie erachtet, von Nebensächlichem abgesehen, den Privatbetrieb weder für einfacher noch für billiger und den Vorteil der doppelten Buchführung für imaginär. Daran ist jedenfalls so viel richtig, daß unsere großen Privatbetriebe genau so bürokratisch organisiert sind und verwaltet werden wie irgendein Staatsbetrieb. Das läßt sich nicht vermeiden, wenn in einem großen Betrieb Ordnung herrschen soll. Dann stellt sich von selbst der schriftliche, formularmäßige Verkehr von Bureau zu Bureau, das Reglementieren und Verordnen ein. Die Verhältnisse der Beamten in bezug auf Gehalt, Subordination, Leistung werden denen der Staatsbeamten außerordentlich ähnlich, und nur in der Verwaltungs- und Geschäftstätigkeit der obersten Leitung finden sich starke Unterschiede gegen den staatlichen Betrieb. Ein solches Privatunternehmen großen Stils, sei es nun ein Fabrikations-, ein Betriebs- oder ein Bankunternehmen, arbeitet selbstverständlich teurer als der Staat; es zahlt höhere Gehälter und hat auch sonst keine Oberrechnungskammer zur Revision seiner Ausgaben über sich. Weniger begründet aber will das abfällige Urteil der Kommission über den Wert der doppelten Buchführung erscheinen. Der Hauptvorteil der letzteren, daß sie eine sichere Gewinnberechnung ermöglicht, scheint doch nicht gebührend gewürdigt zu sein. Hierauf wird man noch einmal näher einzugehen haben; es ist ja wohl noch in Erinnerung, daß gerade die Gewinnberechnung der Eisenbahnverwaltung im Parlament von kaufmännischer Seite absprechend beurteilt worden ist.

Spectator

